

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 3. März 1930

Nummer 19

## An die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker!

Werte Kollegen!

Die Tarifverhandlungen vom 11. Februar bis 2. März d. J. haben nach äußerst schwierigen Verhandlungen, zuletzt nur noch unter Mitwirkung des tariflichen Zentral-Schlichtungsamtes, zu einer Vereinbarung über Abänderungen des bisherigen Manteltarifs auf die Dauer von zwei Jahren geführt. Diese Abänderungen, die anschließend im Beschlußprotokoll über die Verhandlungen gleichfalls in vorliegender Nummer des Verbandsorgans zur Veröffentlichung gelangen, unterliegen in ihrer Gesamtheit noch der satzungsgemäßen Urabstimmung innerhalb unsres Verbandes.

Die Verhandlungen über die von Gehilfenseite erstrebte Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit sind leider ergebnislos geblieben. Die Erfüllung dieser Forderung, die bis zum letzten Verhandlungstage mit allen Kräften verfolgt wurde, scheiterte nicht nur am schärfsten Widerstand aller Prinzipalsvertreter, sie fand leider auch bei den Unparteiischen des Zentral-Schlichtungsamtes keine entscheidende Unterstützung. Alle privatkapitalistischen Widerstände inner- und außerhalb des Gewerbes vereinigten sich in dieser Frage zu einem Bollwerk, dessen Überwindung durch unsern Verband allein sich als unmöglich erwiesen hat. In dieser Erkenntnis haben sich die Unterzeichneten damit abfinden müssen, den ersten Vorstoß zur Verkürzung der Arbeitszeit zugunsten der Arbeitslosen innerhalb der graphischen Industrie unternommen zu haben, ohne jedoch angesichts der gesamten wirtschaftlichen und politischen Gegenkräfte einen praktischen Erfolg erzielen zu können. Unsere Auffassung, daß bei noch längerer Dauer oder noch weiterer Ausdehnung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit dieser kulturwidrige Mangel der heutigen Wirtschaftsordnung ohne eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit und ohne Umstellung des Produktionsprozesses, die eine Wiedereinschaltung der Arbeitslosen zum Ziele hat, nicht beseitigt werden kann, ist dadurch nicht im geringsten erschüttert.

Trotz dieses schroffen Gegensatzes ist jedoch festzustellen, daß es im weiteren Verlauf der Verhandlungen über die beiderseitigen Abänderungsanträge möglich wurde, nicht nur alle Absichten der Prinzipale, die tariflichen Rechte der Gehilfen wesentlich zu kürzen, abzuwehren, sondern in manchen wichtigen Punkten Verbesserungen der bisherigen tariflichen Arbeits- und Lohnverhältnisse im Buchdruckgewerbe zu erreichen. Aus dem nachfolgenden Beschlußprotokoll seien hier folgende Punkte kurz hervorgehoben:

Zur Vermeidung von Kurzarbeit der Maschinensetzer ist deren Beschäftigung im Handsatz nur noch insoweit zulässig, als dadurch keine Handsetzer zur Entlassung kommen.

Die bisherige Lohnstaffelung nach Altersklassen wurde dahingehend geändert, daß in Zukunft der Lohn der Altersklasse C (Gehilfen über 24 Jahre) bereits nach Vollendung des 23. Lebensjahres zu zahlen ist.

Die regelmäßige Sonntagsarbeit wird zukünftig unter Beibehaltung der bisherigen Aufschläge für Sonntagsarbeit in die wöchentliche Arbeitszeit eingerechnet. Die dadurch wöchentlich ausfallende Arbeitszeit ist durch Einstellung von Arbeitslosen unter Mitwirkung der gesetzlichen Betriebsvertretungen auszugleichen.

Die Leistung von Überstunden wird an eine viel strengere Beachtung der Vorbeugungsmaßnahmen gebunden und in ihrem Umfang nur auf wirklich unvermeidbare Fälle beschränkt.

In der Urlaubsfrage werden neben der Dauer der Betriebszugehörigkeit teilweise auch die Berufsjahre wieder als Maßstab eingeführt. Außerdem erhielt die Ausnahmebestimmung bezüglich der Höchstzahl von Urlaubstagen für Orte mit weniger als 25 000 Einwohnern eine für die Gehilfenschaft günstigere Fassung.

Auch die Sonderbestimmungen für Drucker, Stereotypenreue und Galvanoplastiker sowie einzelne Berechnungspositionen weisen einige Verbesserungen auf.

In der Lehrlingsfrage kam eine besondere Vereinbarung zustande, die eine nicht unwesentliche Verringerung der Lehrlingszahlen zur Folge haben wird.

Mag so manche berechtigte Forderung der Kollegenschaft durch die diesmaligen Tarifverhandlungen nicht erfüllt sein, so sieht es auf Prinzipalsseite noch viel dürriger aus, da es dieser in keinem einzigen Punkte gelungen ist, ihre Absichten, die auf eine rückwärtslose Verschlechterung der Arbeits- und Lohnverhältnisse für die Arbeiterchaft im ganzen graphischen Gewerbe hinausliefen, zu verwirklichen. Die Geschlossenheit unserer gewerkschaftlichen Organisation hat vielmehr die Vertreter der Prinzipale dazu gezwungen, einer Reihe von Forderungen der Gehilfenschaft, wenn auch nicht in vollem Ausmaße, nachzugeben. Auf dieser Basis wird sich in Zukunft weiterbauen lassen; außerdem kann noch so manche andre tarifliche Bestimmung, die bisher weniger genau beachtet wurde, dazu beitragen, daß eine noch stärkere Festigung der gesamten Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserm Gewerbe auch zugunsten der arbeitslosen Kollegen erzielt wird. Es ist daher weder Unter- noch Überschätzung unserer eignen Kraft, sondern nur ernste Würdigung dessen, was ist und was wir unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage in Staat und Wirtschaft können, wenn wir die in zähem Verhandlungskampfe errungenen und jetzt vorliegenden Abänderungen des bisherigen Manteltarifs als eine weitere Stärkung der tariflichen Rechte der gesamten Kollegenschaft im Buchdruckgewerbe beurteilen und ihnen deshalb in Übereinstimmung mit dem gesamten Verbandsvorstande unsere Zustimmung geben. Möge das Resultat der Urabstimmung den Beweis erbringen, daß die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker in gleichem Sinne hinter ihren Führern stehen!

Berlin, 3. März 1930

Otto Krauß, Richard Barth, Albrecht Fülle, Karl Schaeffer, Otto Fiedler, Bruno Kretschmer, Bruno Atermann, Hans Grunewald, Max Neumann, Robert Braun (Berlin), Joseph Bertram (Köln), Friedrich Conradi (Mannheim), Ludwig Dahnke (Schwerin), August Döhling (München), Karl Fiedler (Breslau), Max Sahlmann (Dresden), Leopold Hesselbarth (Leipzig), Theodor Schröter (Stuttgart), Hugo König (Halle), Wilhelm Repeks (Frankfurt a. M.), Erich Dertelt (Chemnitz), Gustav Pfingsten (Hannover), Martin Prüter (Kiel), Gustav Reinte (Stettin), Hermann Reisner (Königsberg), Friedrich Rungler (Hamburg), Karl Sandfort (Freiburg i. B.), Anselm Störk (Saarbrücken), Karl Wislaug (Weimar), Franz Zischerp (Bremen).

### Beschlußprotokoll

#### über die Abänderung des Deutschen Buchdrucker-Tarifs vom 2. März 1927

Die vertragsstiftenden Organisationen haben in ihrer Tagung vom 11. Februar bis 2. März 1930 folgende Abänderungen des Deutschen Buchdrucker-Tarifs vom 2. März 1927 beschlossen:

§ 1 Ziffer 1. Im ersten Satz werden die Worte „soweit für diese nicht andere Tarife bindend sind“ gestrichen.

§ 2 Ziffer 2. Die beiden letzten Zeilen werden wie folgt geändert:

„... möglichst sofort zu benachrichtigen, spätestens jedoch innerhalb der Arbeitszeit des betreffenden Tages.“

§ 3 Ziffer 7. Sinter „Beschäftigung im Handsatz“ wird eingefügt „ohne Entlassung von Handsatzern“.

§ 4 Ziffer 4. a) 2. Satz 24 heißt es 23.  
a) 3. Satz 24 heißt es 23.

Sinter b) wird ein neuer Absatz c) eingeschaltet, welcher lautet:

Maschinensetzer erhalten einen Zuschlag von 20 Proz. auf den Tariflohn ihrer Unterkategorie. Korrektoren, die voll als solche beschäftigt sind, erhalten einen Zuschlag von 7½ Proz. auf den Tariflohn.

§ 4 Ziffer 12 wird gestrichen.

§ 6. Sinter Ziffer 1 folgt eine neue Ziffer 2, welche lautet:

Die regelmäßige Sonntagsarbeit wird in die tarifliche Wochenarbeitszeit einbezogen. Die Regelung der hierfür an Wochentagen ausfallenden Arbeitszeit sowie die Einstellung der für diesen Ausfall benötigten Ersatzkräfte, soweit solche am Arbeitsmarkt vorhanden sind, bleibt der betrieblichen Vereinbarung überlassen.

(Die bisherigen Ziffern sind entsprechend umzumerieren.)

In der neuen Ziffer 7 des § 6 wird der dritte Satz wie folgt abgeändert:

Für jede einzelne Arbeitsstunde ist die Entschädigung für regelmäßige Sonntagsarbeit (§ 6 Ziffer 3) und der Zuschlag für ungünstig gelegene Arbeitszeit (§ 3 Ziffer 4) zu bezahlen.

Die bisherige Protokollnote:

„Gehört die Herstellung einer Zeitung in der Nacht vom Sonntag zum Montag zu den Voraussetzungen des Arbeitsvertrages, so kann diese Herstellung von den Gehilfen nicht verweigert werden“

wird als neue Ziffer 8 dem § 6 hinzugefügt.

Im § 8 Ziffer 1 wird der erste und zweite Satz wie folgt geändert:

„Arbeitsstunden sind solche Arbeitsstunden, die über die tägliche Arbeitszeit hinausgehen. Sie sind, soweit es nicht zwingend unumgänglich ist, durch Einstellung von Arbeitslosen oder durch Einlegung von Gehilfen nach Maßgabe der betrieblichen und technischen Möglichkeiten im Benehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung zu vermeiden.“

Der dritte Satz erhält hinter dem Worte „leisten“ den Zusatz: (§ 5 der Arbeitszeitverordnung).

§ 8 Ziffer 9 wird gestrichen. — Die bisherige Ziffer 10 wird Ziffer 9.

§ 10 Ziffer 5 kommt in Fortfall, dafür wird in Ziffer 3 Satz 1 hinter dem Wort „Wochenlohn“ eingefügt:

„bei verkürzter Arbeitszeit derjenige Lohn, der dem Gehilfen zustehen würde, wenn er in der gleichen Zeit gearbeitet hätte.“

§ 10 Ziffer 6 a) erhält folgenden Wortlaut:

Bei einer Beschäftigung von sechs Monaten im Betriebe drei Arbeitstage, bei Beschäftigung von sechs Monaten im Betriebe und mindestens zehnjähriger Berufzugehörigkeit als Gehilfe sechs Arbeitstage.

§ 10 Ziffer 7 wird gestrichen.

§ 10. Die Fußnote wird wie folgt abgeändert:

Bis zu zwölf Tage Ferien werden auch für Orte unter 25 000 Einwohnern festgesetzt, wenn diese Orte: 1. entweder in unmittelbarer Nähe einer Großstadt liegen und dadurch bedingt die Gehilfen in der Großstadt wohnen, in der Kleinstadt arbeiten und umgekehrt; 2. in Industriegebieten liegen und infolgedessen ungünstige (schlechte gesundheitliche) Verhältnisse aufweisen.

Eine von beiden Organisationen eingesetzte Kommission hat für die Dauer des Tarifs vor Beginn der Ferien über dahin gehende Anträge zu entscheiden.

auch ein anderer Drucker mit den rein technischen Arbeiten im Sinne des § 18 an der Rotations- (auch Tiefdruck-Rotations-) Maschine beschäftigt werden.

§ 19 Ziffer 9 wird neu beschlossen und lautet: Tiefdruckmaschinen sind Druckmaschinen, die von tiefgedrängten Maschinen auf Bogen oder endloses Papier drucken.

§ 19 Ziffer 10 wird neu beschlossen und lautet: Alle Arbeiten an der Tiefdruckmaschine unterstehen der Aufsicht des Druckers. Im übrigen gelten sinngemäß § 16 Absatz 2 und 3 und § 18 Absatz 2.

§ 19 Ziffer 11 wird neu beschlossen und lautet: An Tiefdruck-Rotationsmaschinen sind

- bei 1 Druckwerk 1 Drucker
- bei 2 Druckwerken 2 Drucker
- bis zu 4 Druckwerken 3 Drucker
- bis zu 6 Druckwerken 4 Drucker
- bis zu 8 Druckwerken 5 Drucker

und so fortlaufend zu beschäftigen. Kopf-Eindruckwerke, die als solche benutzt werden, gelten nicht als Druckwerke im Sinne dieses Paragraphen.

§ 19 Ziffer 12 wird neu beschlossen und lautet: Die Ausbildung eines Druckers zum Tiefdrucker dauert 13 Wochen. Für die Dauer der Ausbildungszeit ist der bisherige Lohn zu bezahlen.

§ 20 Ziffer 1 a) erhält folgenden Wortlaut: „für Stereotypen: Formenschießen, Matrizenstreichen, Matrizen schlagen, Matrizenprägen, Auslegen bzw. Ausstellen und Trocknen der Matrizen, Fertigmachen und Korrigieren der Platten, Sägen, Bestoßen und Facettieren, Prägen, Hobeln und Gießen der Platten;“

§ 20 Ziffer 2. Hinter dem Wort „können“ wird das Wort „auch“ eingefügt.

§ 20 Ziffer 3. In der ersten Zeile wird das Wort „Einhändern“ abgeändert in „Bädern“.

§ 22 Ziffer 2 wird einleitend wie folgt geändert: „Durch die Sonderbestimmung für Stereotypen und Galvanoplastik werden die Plätze, an denen vor dem 1. April 1927 noch Hilfsarbeiter standen, nicht...“

§ 25 Ziffer 1. Die einleitenden Worte werden wie folgt geändert:

„Zur Entscheidung von Gesamtstreitigkeiten...“

§ 29. Die einleitenden Worte werden wie folgt geändert: „Zur Schlichtung von Gesamtstreitigkeiten...“

§ 34 Ziffer 1 (Satz 1) wird wie folgt geändert: Der Manteltarif tritt am 1. April 1930 in Kraft und läuft bis zum 31. März 1932.

### Protokoll-Erklärungen

Die nachstehenden Protokollerklärungen, abgesehen von den einseitig abgegebenen, gelten als Ergänzungen des Manteltarifs:

Betrifft § 5: Prinzipalserklärung: „Die Prinzipalvertretung erklärt, daß sie bei eventuellen Streitfällen den Standpunkt einnehmen, bzw. die Auskunft erteilen werde, daß ein Abzug für Feiertage, die vom Geschäft angeordnet werden, nicht erfolgen soll, wenn der Gehilfe seinerseits zur Arbeit bereit ist.“

Betrifft § 9 Ziffer 9: Betreffs Ausschleusstellungen für Beurlaubte oder Erkrankte wird gegenseitig die Erklärung abgegeben, daß bereits nach der bisherigen Praxis solche Ausschleusstellungen, auch wenn sie länger als 30 Arbeitstage dauerten, dahin ausgelegt wurden, daß man die betreffenden Gehilfen als nicht zum Stammpersonal gehörend betrachte. An diesem Standpunkt wird gegenseitig auch ferner festgehalten werden.

Betrifft § 10 Ziffer 13: Zwischen den Parteien besteht in folgendem Übereinstimmung:

In kleinen Provinzorten ist im Ausnahmefall, wenn eine Ersatzkraft nicht beschafft werden kann, die Auflösung im beiderseitigen Einverständnis zulässig.

Betrifft § 11 Ziffer 6: Beim Guß von großen Regeln soll ein Gießer möglichst nur eine Maschine bedienen.

Betrifft § 13 Ziffer 4: Es wird erklärt, daß der Ausdruck „nach Ablauf der Ausbildungszeit“ keineswegs besagen soll, daß der Maschinensetzer in der weiteren Zeit seiner praktischen Tätigkeit die tarifliche Mindestleistung nicht mehr zu leisten brauche.

Betrifft §§ 20 und 21: Prinzipalserklärung: „Mit Bezug auf die in §§ 20 und 21 verankerten Bestimmungen und die dazu von Prinzipalseite gestellten Abänderungsanträge gibt die Prinzipalvertretung ihrer grundsätzlichen Auffassung dahin Ausdruck, daß auch die Gehilfenhaft sich unmöglich auf die Dauer der Tarifsache verschließen darf, daß die in der neueren Zeit sich stetig vervollkommene Mechanisierung und Maschinenisierung des Arbeitsprozesses in grundlegender Weise Berücksichtigung finden muß. Wenn dieser Notwendigkeit diesmal noch nicht Rechnung getragen wurde, so will die Prinzipalität keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß bei neuen Verhandlungen aus dieser Entwicklung unbedingt die praktischen Schlussfolgerungen gezogen werden müssen.“

Betrifft § 31. Die bisherige Protokollerklärung wird wieder in das Verhandlungsprotokoll übernommen:

Es besteht Übereinstimmung, daß in Fällen, in denen die Arbeitsnachweise nicht in der Lage sind, genügend geeignete Gehilfen zu vermitteln, erfahrene Hilfsarbeiter mit Gehilfenarbeit zum Gehilfenlohn beschäftigt werden können.

### Anlage A

#### Vom Berechnen im Handsatz

§ 8 Ziffer 4: Im ersten Satz werden hinter „Fraktur-Alphabet“ die Worte „und Frakturpreis“ eingefügt.

§ 10 Ziffer 1: Das Wort „vier“ wird durch „drei“ ersetzt.

§ 21 Ziffer 1: Zwischen dem ersten und zweiten Satz wird folgender neuer Satz eingefügt:

„Für die Erledigung von Hauskorrekturen, die länger als 14 Tage ausstehen, ist dem Setzer ein dadurch entstandener Mehraufwand an Zeit bis zu einem Stundenlohn zu entschädigen.“

#### Vom Berechnen im Maschinensatz

§ 2 erhält folgende Neufassung:

Ziffer 1: Besonders zu entschädigen ist: Schwieriger lesbares, schwer filifiziertes, unübersichtlich zusammengefügtes, unübersichtlich korrigiertes Manuskript, gegebenenfalls auch Zettel-Manuskript, sowie solcher Satz, bei dem infolge Vorkommens langwieriger Wörter ein öfteres Ausschleichen mit der Hand notwendig ist.

Ziffer 2: Ebenfalls besonders zu entschädigen ist: Satz von wissenschaftlichen, gelehrten und technischen Abhandlungen mit häufigem Vorkommen von nicht allgemein bekannten Spezialausdrücken, sowie Wandschlagen im Satz (z. B. für Griechisch, kleinere Schriftgrößen, mathematische Zeichen usw.).

Die bisherige Ziffer 2 wird Ziffer 3.

§ 3 Ziffer 1: Hinter „Staliniß“ wird das Wort „Esperanto“ eingefügt.

In der dritten Zeile werden die Worte „und Griechisch“ gestrichen, dafür wird folgender Zusatz gemacht: „... Monotype nach Vereinbarung, für Griechisch ebenfalls nach Vereinbarung.“

§ 4 Ziffer 2: In der zweiten Zeile werden vor „84“ die Worte „je mindestens“ eingefügt.

In der fünften Zeile wird vor „5“ die Zahl „2½“ und in der sechsten Zeile vor „7½“ die Zahl „5“ eingefügt, beides je für den 48. Teil gültig.

§ 9: Der letzte Satz wird wie folgt geändert: „Tabellensatz bis einschließlich 25 Zeilen ist im Durchschnittslohn auszuführen, wenn über die Entschädigung keine Vereinbarung zustandekommt. Bei vorzuleistenden Tabellensatz kann eine Ermäßigung, bei augenscheinlich schwierigem Tabellensatz eine Erhöhung der angeführten Prozentätze vereinbart werden.“

§ 11 Ziffer 1: Der Schluss wird wie folgt geändert: „z. B. bei 36 Buchstaben 8 und 18 Proz. = 26 Proz.“

§ 11 Ziffer 2: In der vierten Zeile wird die Zahl „40“ durch „50“ ersetzt.

§ 11 Ziffer 3: In der dritten Zeile wird die Zahl „5“ durch „7½“ ersetzt.

In der dritten und vierten Zeile werden die Worte „bei Breiten von über 85 bzw. 110 Buchstaben ein solcher“ durch „104 Buchst.“ gestrichen.

§ 17 erhält folgende Neufassung:

„Beim Übergang oder bei Rückkehr von Fraktur zur Antiqua in allen Systemen sowie zu allen Spezialtypaturen, die von der normalen Fraktur oder Antiqua abweichen, erhält der Setzer eine Entschädigung von 10 Proz. der Satzleistung in der neuen Schrift, bis zu höchstens einem Stundenlohn an den Zeilengieß- und Maschinensatz und Modell C der Monotype, an Modell D der Monotype bis zu einer halben Stunde, wenn der Setzer mindestens 12 Arbeitstage hintereinander in der Urschrift beschäftigt war.“

§ 20 Ziffer 1: wird wie folgt geändert:

2. Formatwechsel mit Wechsel des Einsatzstüdes und der Ausstopplatte . . . . . 10 Pf.

3. Formatwechsel ohne Wechsel des Einsatzstüdes und der Ausstopplatte . . . . . 5 Pf.

Die bisherigen Ziffern „3“ bis „8“ werden „4“ bis „9“.

10. Wechsel der Zehnkombinationsbrücken an der Biermagazin- Linotype . . . . . 3 Pf.

### Anlage B

#### Bergehnis der Ortszuschläge

1. Die Ortszuschläge werden für nachstehende Orte des Kreises II wie folgt festgesetzt:

	Proz.		Proz.
Aachen	22½	Burgwaldbiel	10
Adenau	10	Castrop-Rauxel	17½
Ahrweiler	12½	Cleve	20
Albeler	7½	Cöchen	10
Alsdorf	10	Dabringhausen	10
Andernach	15	Datteln	17½
Anrath	10	Dann	7½
Baunsholzer	5	Dinslaken	17½
Bendorf	10	Dorsten	17½
Bensberg	17½	Dortmund	25
Bergheim-Erft	15	Dülken	15
Berg-Glabbeek	20	Düren	22½
Berntshel-Cues	12½	Düsseldorf	25
Birkenfeld	12½	Duisburg	25
Birkensdorf	17½	Efterbacherbrühl	5
Bisburg	12½	Ehrang	7½
Blankenstein	17½	Erandbreitstein	22½
Boscholt	17½	Eickel-Wanne	20
Bochum	25	Eilendorf	20
Bommern	15	Emmerich	17½
Bonn mit Beuel	22½	Engelskirchen	12½
Boppard	20	Engers	10
Bort	10	Erkelenz	10
Bottrop	22½	Eschweiler	20
Brenell	10	Efen	25
Brühl	17½	Eusirchen	15
Burg a. d. Wupper	10	Frickersheim	20

	Proz.		Proz.
Geleitkirchen	10	Neuerburg	7 1/2
Geldern	15	Neutkirchen b. Mörs	12 1/2
Gelkenkirch	22 1/2	Neumagen	5
Glabbeck	22 1/2	Neuß	22 1/2
Goch	15	Neuwoide	20
Gobesberg	17 1/2	Oberhausen	22 1/2
Grevenbroich	15	Oberstein	12 1/2
Gruiten	10	Opladen	20
Gummersbach	17 1/2	Ostfath	10
Haftingen	20	Worz-Urlbach	20
Heiligenhaus	17 1/2	Brühl	10
Heinsberg	10	Ratingen	17 1/2
Honnef/Sieg	15	Recklinghausen	22 1/2
Hermeskeil	7 1/2	Rees	7 1/2
Herne	22 1/2	Remscheid	22 1/2
Herten	17 1/2	Rhebo	7 1/2
Herzogenrath	10	Rheinbach	10
Hilden	17 1/2	Rheinberg	20
Hiltdorf	10	Saarburg	10
Hochemerich	17 1/2	St. Denis	17 1/2
Höfel	17 1/2	Schleibsch-Wanfort	20
Hoffnungsthal	15	Schweich	10
Homburg	20	Siegburg	20
Honnef	12 1/2	Simmern	7 1/2
Horrem	17 1/2	Sobornheim	7 1/2
Hils b. Rrefeld	15	Soddingen b. Bochum	17 1/2
Hils b. Recklinghausen	17 1/2	Solingen	22 1/2
Hlar	12 1/2	Stolberg	20
Hilfberg	7 1/2	Stüdteln	10
Hilgen	10	Traben-Trarbach	10
Hillich	17 1/2	Trier	22 1/2
Hempfen	17 1/2	Troisdorf	17 1/2
Hettwig	20	Uedem	7 1/2
Hevelaer	15	Waldendar	17 1/2
Hirn	5	Wesbert	20
Hoblenz	22 1/2	Wersen	20
Höln	25	Worft	10
Königswinter	15	Wabern	5
Koßscheid	10	Walsum	17 1/2
Kornelimünster	10	Waltrop	17 1/2
Krefeld	22 1/2	Wattenscheid	22 1/2
Kreuzgau	17 1/2	Weitmar	20
Kreuznach	15 1/2	Welles	5
Krangenberg	17 1/2	Wermelskirchen	17 1/2
Kangenberg	12 1/2	Werne a. d. Lippe	12 1/2
Levertulen	10	Wesel	17 1/2
mit Wiesdorf	22 1/2	Wetterholt	17 1/2
Lintfort b. Mörs	17 1/2	Wetterkuhr	17 1/2
Lobberich	10	Widraath	12 1/2
Lünen	17 1/2	Widraathberg	12 1/2
Lünen	12 1/2	Wittlich	12 1/2
Mettmann	17 1/2	Wipperfürth	12 1/2
Mörs	17 1/2	Wittenkuhr	20
Monheim	10	Wittlich	12 1/2
Monshau	12 1/2	Wuppertal	25
Mühlheim/Kuhr	22 1/2	Würfelten	10
M. Gabbad-Hehdt	22 1/2	Xanten	10
Neuenahr	10	Yülpich	7 1/2

Außerdem haben die Tarifparteien bezüglich der §§ 23 und 24 folgende Vereinbarungen getroffen:

1. § 23 wird wie folgt geändert:

Hinter Ziffer 1 werden als neue Ziffern eingefügt:

a) In Betrieben, in denen Tiefdruckmaschinen stehen, können Druckerlehrlinge im letzten Lehrjahr auch an Tiefdruckmaschinen, und zwar im letzten Halbjahr an Tiefdruck-Rotationsmaschinen, zur Ausbildung beschäftigt werden.

b) Stereotypen- und Galvanoplastikerlehrlinge dürfen nur in den Betrieben gehalten werden, wo gelehrte Stereotypen- bzw. Galvanoplastiker beschäftigt sind.

2. Folgender Zusatz zu § 23a:

Die vertragschließenden Organisationen werden den Handwerks- und Gewerbetägern folgende Anträge zur Beschlussfassung unterbreiten:

Die Lehrlingskata vom 1. Oktober 1930 bis 30. September 1931 wie folgt geändert:

Es dürfen an Seherlehrlingen gehalten werden

für 0-4 Gehilfen 1 Lehrling  
 auf 5-10 Gehilfen 2 Lehrlinge  
 auf 11-20 Gehilfen 3 Lehrlinge  
 auf 21-30 Gehilfen 4 Lehrlinge  
 auf 31-45 Gehilfen 5 Lehrlinge

und auf je weitere 15 Gehilfen 1 Lehrling mehr.

Jede angefangene Staffel wird als voll gerechnet.

Diese Staffel gilt auch für Drucker, Stereotypen- und Galvanoplastiker.

Druckereien, die keine Gehilfen beschäftigen, dürfen nur einen Lehrling halten.

Jeneigenen Buchdruckerei, die mindestens zwei Seher und einen Drucker beschäftigen und deshalb zum Halten eines Seher- und eines Druckerlehrlings berechtigt sind, können die Einstellung eines dritten Lehrlings vornehmen, wenn einer der beiden Lehrlinge im letzten Jahre seiner Lehrzeit sich befindet und die beiderseitigen Organisationsvertreter bzw. der Fachauschuss sich von der guten Ausbildung von Lehrlingen in der betreffenden Druckerei überzeugt und ihre Genehmigung erteilt haben.

Siezu wird zu Protokoll gegeben:

Die vertragschließenden Organisationen sind darüber einig, daß bei Verweigerung der Genehmigung durch einen Organisationsvertreter die Nachprüfung durch die Schiedsinstanzen erfolgen kann.

Die vertragschließenden Organisationen werden auf Antrag einer Partei vor dem 1. Oktober 1931 zusammenzutreten, um über die Fortdauer oder Abänderung dieser Richtlinien Beschluß zu fassen.

Berlin, den 2. März 1930.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V.  
 Dr. P. Petersmann.  
 Verband Der Deutschen Buchdrucker.  
 Otto Raub.  
 Guttenbergbund.  
 Paul Thranert.

anlage ist als das schwankende Wohlwollen eines Chefs, der erlirbt die Zeit für den Bildungsverband ebenfalls. Und wer die Pflege der Kollegialität oder die Gemüthlichkeit zu schätzen weiß, geht frohgemut auch noch zur „Typographie“ oder zum Regnen. Die Generalversammlungen sind aber die besten Gelegenheiten, Reformen vorzuschlagen, was leider nicht geschah.

Ohne persönlich werden zu wollen, muß festgestellt werden, daß der gereifte wehrkundige Kollege zu den eifrigeren Versammlungsbesuchern gehört und oftmals Vereine, Sparten mit Erfolg als Vorstandsmitglied leitet. Darum wäre vor allem darauf zu achten, daß die jungen Kollegen sich wie früher ein paar Jahre auf der Waise durchschlagen, aber nicht als Wanderrentenempfänger, sondern auch mal ohne Geld mit dem Mut, weiterleben und hochkommen zu wollen. Man soll Zeit London nicht bloß gelesen, sondern auch mal probiert haben, es schadet nichts, weil man dabei die menschlichen Tiefen und Höhen besser kennen und beurteilen lernt. Not lehrt denken. Diese Erfahrungen helfen sehr gut, wenn man später etwas erfinden soll, um — den Versammlungsbesuch zu heben, wenn die persönliche Beweglichkeit nicht ausreicht. Der müde, Behaglichkeit suchende Kollege wird sich eher für Ernsteres interessieren, wenn man es ihm appetitlicher anbietet. Wir sollen als Buchdrucker die Kundenwerbung für andre mit Erfolg besorgen, warum nicht auch für uns. Weiter könnte jede Großstadt ein Monatsblatt mit Versammlungsanzeigen und Vereinsnachrichten von allen Sparten usw. herausbringen, das sich prozentual nicht teuer stellen wird, wie die gelegentlichen Zirkulare zusammen. Der Versammlungsbesucher will ja auch hauptsächlich nur auf dem laufenden bleiben.

Königsberg i. Pr. Richard Mallo.

**Bücher gratis!**

Im vergangenen Jahre machten eine Reihe von Anzeigen nicht allein in der Tagespresse, sondern auch in Zeitschriften die erkaunte Leserwelt mit der Tatsache bekannt, daß es einigen Verlegern möglich sei, Bücher, eigentlich ganze Bibliotheken, gratis abzugeben, wobei lediglich Erstattung der Portoauslagen und der Bindungskosten zu leisten wären. Jeder überlebende Mensch mußte sich sagen, daß die Sache irgendeinen Haken hatte. Natürlich hatte sie einen, und der bestand darin, daß die Firma zuvor bei den sich Meldenden anfragte, ob sie die brotschierte oder die gebundene Ausgabe wünschten. Da die meisten Menschen mehr für gebundene Bücher zu haben sind als für brotschierte, besonders wenn es sich um größere Reihen handelt, so kalkulierten jene Verleger ganz richtig, daß sie mehr gebundene Exemplare oder überhaupt nur solche absetzen könnten. Für das gebundene Exemplar mußte ein entsprechender Preis bezahlt werden, der so hoch kalkuliert war, daß die Kosten für die gratis abgegebenen brotschieren Exemplare mit herauskamen. Es handelte sich also gewissermaßen um einen Kundenfang, der von dem ordentlichen Buchhandel nicht gutgeheißen werden konnte. Es ist zu verstehen, daß sich die Buchhändler dagegen wehrten und gerichtlich gegen derartige Angebote voringen. Am 29. Juli 1928 hatte das Reichsgericht gegen den ordentlichen Buchhandel entschieden; aber der Kampf wurde nicht aufgegeben, so daß jetzt eine neue Entscheidung herausgekommen ist, die im „Buchhändler-Wörterblatt“ vom 15. Februar ausführlich abgedruckt wurde. Der 2. Zivilsenat des Reichsgerichts hat auf die mündliche Verhandlung vom 10. Januar 1930 für Recht erkannt:

Unter Zurückweisung der Revision der Beklagten wird auf die Revision des Klägers das Urteil des 3. Zivilsenats des Saarländischen Oberlandesgerichts zu Hamburg vom 27. November 1928 aufgehoben. In der Sache selbst wird auf die Berufung des Klägers das Urteil des Landgerichts in Hamburg, Kammer 3 für Handelsachen, vom 8. März 1928 dahin abgeändert:

Die Beklagte wird verurteilt, es zu unterlassen, Verlagsangeboten, wie die dem Urteil beigeschlagen, abzugeben, wie das dem Urteil beigeschlagen, mit der Auflage, daß Schlichter's Werte gratis geliefert werden, zu veröffentlichen, und zu verkaufen oder Gratiskarten, wie die dem Urteil beigeschlagen, zu verwenden.

Der Kläger hat die Bestandslisten, diesen Spruch auf Kosten der Beklagten in den „Hamburger Nachrichten“, dem „Hamburger Fremdenblatt“, dem „Hamburger Echo“, dem „Berliner Postbote“, dem „Vossischen Zeitung“, dem „Berliner Tageblatt“, den „Münchener Neuesten Nachrichten“, dem „Berliner Vorwärts“, der „Frankfurter Zeitung“ und im „Wörterblatt für den deutschen Buchhandel“ auf Kosten der Beklagten zu veröffentlichen.

Die Kosten des Rechtsstreits werden der Beklagten auferlegt.

Von Rechts wegen.

Aus den Entscheidungsgründen ist bemerkenswert der folgende Absatz:

„Erfah nun der Leser aus der ihm überreichten „Gratis-Karte“, welche großen Vorräte die gebundene sogenannte Protokollausgabe vor der andern hatte, zu deren Abnahme er sich seiner Unlust nach durch die Abänderung des ursprünglichen Coupons verpflichtet hatte, so lag der Entschluß für ihn nahe, auf die minderwertige Ausgabe, wie sie ihm jetzt von der Beklagten auf der Gratiskarte hingeklebt wurde, zu verzichten und stat ihrer nunmehr die ihm jetzt ganz neu vorgeschickte gebundene sogenannte Protokollausgabe zu beziehen. Auf diesen Beschluß wirkte die Beklagte auch noch absehend von ihrem psychologischen Moment, dadurch recht nachdrücklich ein, daß sie ihm jetzt wieder dem Käufer fälschlich vorgeworfen, es handle sich um eine Gratisübergabe, weshalb er infolgedessen, als er, wie das Berufungsgericht feststellt, für diese Ausgabe nur den Einband — und zwar billig — und einen angemessenen Gewinn für die Verlegerin zu bezahlen habe, das Werk selbst aber gratis erhalte. Diese Angabe der Beklagten ist aber beweislos unwahr. Denn der Preis deckt, wie das Berufungsgericht feststellte, nicht nur den Einband und das Einbinden und einen angemessenen Gewinn der Verlegerin für diese Ausgabe, vielmehr bleibt für sie beträchtlicher Gewinn aus dem „Einband-Vergütungen“, wie das Berufungsgericht weiter feststellt, ein solcher Verdienst, daß er die gesamten

2. Folgende sieben Druckorte werden mit anschließenden Ortszuschlägen neu in das Ortsklassenverzeichnis eingetragen:

	Proz.		Proz.
Bebburg (Ert)	7 1/2	Gemünd b. Cuskirchen	7 1/2
Burscheid	17 1/2	Schleiden	7 1/2
Coitz	7 1/2	Wesseling	17 1/2
Ertenschied	12 1/2		

3. Nachstehende Druckorte werden infolge Eingemeindung im Ortsklassenverzeichnis gestrichen:

Annen	Kray
Aplerbeck	Kupferdreh
Berxop	Langendreer
Bentraf	Lennepe
Beyenburg	Linden a. d. Ruhr
Buer	Lütgendortmund
Cronenberg	Lüttringhausen
Dahlhausen	Matten
Derne	Mengebe
Erla b. Buer	Neuwies
Fischeln	Odenkirchen
Fischlathen	Oblig
Gieselerkirchen	Ostfeld
Gräfrath	Ronsdorf
Großenbaum	Steele
Haan	Sterkrade
Hamborn	Überrohr
Hörbe	Uedingen
Horst-Emscher	Wohwinkel
Horstermark	Walb
Kaiserswerth	Werden/Ruhr
Karnap	Werne b. Bochum
Katernberg	Wülfrath
Königsstele	

4. Der durch die Herabsetzung der Ortszuschläge sich ergebende Lohnabzug erfolgt bei den am 1. April 1930 in Kondition stehenden Gehilfen in zwei gleichen Raten am 16. Mai und am 17. Oktober 1930.

**Anlage C**

Geschäftsordnung für die Arbeitsnachweise § 8. In der zweiten und dritten Zeile werden die Worte „mindestens einmal im Vierteljahr“ abgeändert in „einmal im Monat“.

Die Arbeitsnachweise und deren Zuständigkeitsbezirke im Bezirk II treten folgende Änderungen ein:

Der Druckbezirk Recklinghausen wird vom Arbeitsnachweis Münster gelöst und dem Arbeitsnachweis Dortmund zugeweiht.

Zu Recklinghausen gehören noch die Druckorte Hertzen, Datteln, Waltrop, Hils, Marx und Ertenschied.

Unter Münster erteilt Recklinghausen zu streichen.



Eine zeitliche Begrenzung der Unterstützung ist nicht vorgesehen. Die Unterstützung wird jedoch entzogen, wenn dem Kurzarbeiter anderweitige Arbeit nachgewiesen werden kann.

Auf Verlangen des Arbeitsamts hat der Arbeitgeber die Unterstützung kostenlos auszugahlen. Zuständig für den Antrag auf Kurzarbeiterunterstützung ist das Arbeitsamt, in dessen Bezirk der Kurzarbeiter beschäftigt ist. P. 20.

Arbeitslosenunterstützung für Pendelarbeiter

In unserem Artikel „Die naturlichen Leistungen in der Arbeitslosenversicherung“ in Nr. 7 des „Korr.“ wiesen wir auf die Bestimmung hin, daß, wenn ein Arbeitsloser mehr als die Hälfte der Unarbeitszeit an einem andern Ort verbracht hat, als in dem Ort, in dem die Unterstützung zu gewähren ist, keine höhere Unterstützung zu zahlen ist als nach den Lohnverhältnissen des Unterstützungsortes üblich ist. Wir sprachen dabei die Ansicht aus, daß diese Bestimmung lediglich für Wanderarbeiter Geltung besäße und nicht für sogenannte Pendelarbeiter, die jeden Abend an ihren Wohnort zurückkehren. Nunmehr liegt eine Entscheidung des Spruchsenats vor, die ausspricht, daß auch die Pendelarbeiter unter die einengende Bestimmung des § 107c fallen. Wir glauben nicht, daß der Gesetzgeber so weit gehen wollte und hoffen, daß der Spruchsenat seine Auffassung in Bälde revidiert.

Korrespondenzen

Dresden. Unsere Versammlung am 5. Februar hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Kollege Sahmann gab zunächst den Bericht von der Gausvorsitzerkonferenz. Er behandelte in kurzen Zügen das Berufsausbildungs-gesetz, das im Entwurf vorliegt, den Internationalen Buchdruckerkongress, der im September dieses Jahres in Amsterdam stattfinden soll, und die Notstandsbeihilfe des Verbandes. Auch auf die Ausschlußfrage ging er ein, soweit diese mit dem gewerkschaftsschädlichen Verhalten von Mitgliedern des Verbandes in Zusammenhang zu bringen ist. Es kann nicht angehen, daß Mitglieder an sogenannten „revolutionären Gewerkschaftskongressen“ teilnehmen, wo sie sich in Gemeinschaft mit Unorganisierten in gewerkschaftsfeindlichem Sinne betätigen. Es kann auch nicht gebildet werden, daß sich Verbandsmitglieder auf sogenannten „Einheitslisten“ zur Betriebsratswahl gegen die freien Gewerkschaften mit Gelben, Unorganisierten oder Faltenkreuzern aufstellen lassen. Der Verband der Deutschen Buchdrucker ist jederzeit bis zur äußersten Grenze tolerant gewesen, aber was zu viel ist, ist zu viel. Jedes Mitglied kann sich politisch organisieren, ohne daß dadurch gegen ihn etwas unternommen würde, nur dann, wenn sich Kollegen direkt gewerkschaftsfeindlich einstellen, muß natürlich gegen diese vorgegangen werden. Sodann behandelte Kollege Sahlmann die Tätigkeit der Gausvorsitzerkonferenz zu den bevorstehenden Manteltarifverhandlungen. Nach reichlich einstündigem Vortrag eröffnete Kollege Baumert die Aussprache zu diesen Ausführungen. Sie gestaltete sich sehr ausführlich. Vor allem wurde die Ausschlußfrage eingehend erörtert. Von einigen oppositionellen Kollegen wurde ausgeführt, daß die aufgestellten Forderungen der Gausvorsitzerkonferenz erst von der kommunistischen Partei aufgegriffen worden seien. Die Verbandsinstanzen dächten gar nicht daran, sich für die Beseitigung der aufgestellten Forderungen ernstlich einzusetzen. Diesen Kollegen wurde von einigen Rednern in wirkungsvoller Weise erwidert, daß die Kommunisten einen großen Teil Schuld an der durchführbaren Zerstückelung innerhalb der Arbeiterschaft tragen, und daß wir jedenfalls viel weiter wären und ganz anders gegen die Unternehmerchaft auftreten könnten, wenn wir in der Arbeiterbewegung einig und geschlossen dastehen würden. Ein Kollege gab Proben aus dem Protokoll des in Berlin abgehaltenen „revolutionären Gewerkschaftskongresses“ zum besten. 15 Kollegen hatten sich an der Aussprache, zum Teil in längeren Ausführungen, einige wiederholt, beteiligt, als ein Schlußantrag gestellt und angenommen wurde. Kollege Sahmann beantwortete in seinem Schlußwort die in der Aussprache gestellten Fragen, soweit sie auf den Tarif Bezug nahmen. Wadmann ging er auf die Debatte, soweit sie die Ausschlußfrage betraf, noch einmal ein. Leider müßte jetzt festgehalten werden, daß man ernstlich dazu überlegen will, das letzte Wort der Arbeiterschaft, nämlich die freien Gewerkschaften, zu zertrümmern. Lange genug sei Geduld geübt worden seitens des Verbandsvorstandes und des Verbandes überhaupt. Es seien schon bei Betriebsratswahlen Listen aufgestellt worden, wo sich Verbandsmitglieder mit Unorganisierten gemeinsam gegen die Liste der freien Gewerkschaften aufstellen ließen. Ferner verlas er Teile eines faltenkreuzerischen Mißverständnisses, in dem aufgefordert wird, sich der erfolgreichen parlamentarischen Taktik der Kommunisten zu bedienen und in den Betrieben „aktiv“ vorzugehen. In dem sogenannten „revolutionären Gewerkschaftskongress“ in Berlin haben zwei unserer Mitglieder teilgenommen, und zwar die Kollegen Schuster und Weinert. Kollege Sahlmann stellte deshalb zum Schluß den Ausschlußantrag gegen diese beiden Kollegen. Hierauf wurde dem Kollegen Schuster noch einmal zu seiner Verteidigung das Wort gegeben. In drei ten Ausführungen versuchte er, meist an Hand von „Korr.“-Artikeln, zu beweißen, daß die Verbandsstätigkeit in arbeitserfeindlichem Sinne und durchaus wirtschaftsfeindlich betrieben werde. Es wurde dann über den gestellten Antrag auf Ausschluß in der üblichen Weise abgestimmt. Das Resultat war zweifelhaft, so daß noch einmal, und zwar durch Ausschließen der Hände, abgestimmt werden mußte. Das Resultat war: 170 Stimmen für den Antrag, 140 Stimmen gegen den Antrag auf Ausschluß. Dieses Ergebnis wurde von der Opposition wieder angezweifelt und Stimmzettelauszählung verlangt. Die Verfallensummlung war der Ansicht, daß sich eine nochmalige Abstimmung erübrige, da die Auszählung in einwandfreier Weise vor sich gegangen sei. Unter großer Anruhe wurde die Versammlung geschlossen.

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Ernst Krause in Leipzig  
Eingetretten: 6. März 1880  
Giesecke & Devrient in Leipzig



Wilhelm Böving in Dresden  
Eingetretten: 7. März 1880  
Wilhelm Brummer in Dresden



Georg Mater in München  
Eingetretten: 6. März 1880 - Dr. Githy Verlag (früher Schuh) in München.



Hugo Lorenz in Berlin  
Eingetretten: 6. März 1880, Altenburg  
Richard Richter in Berlin



Heinrich Erfurt in Berlin  
Eingetretten: 7. März 1880  
H. Seydel & Co., AG., in Berlin



k. Duisburg. Unsere am 15. Februar hier abgehaltene erste diesjährige Bezirksversammlung hatte einen außerordentlich guten Besuch aufzuweisen. Der Eintritt in die Tagesordnung gab Vorsitzender Fette zunächst das Ergebnis der in der Generalversammlung des Ortsvereins Duisburg getätigten Wahl für den erweiterten und der im Bezirk vorgenommenen Wahl für den engeren Bezirksvorstand bekannt. Aber die Vorstandswahlen war in diesem Jahre nicht so einfach hinzuzugutommen, legte doch die neugegründete Handbekervereingung am Bezirksvorstand Wert darauf, im Vorstand, der sich in der Mehrheit aus Maschinenseherkollegen zusammensetzt, vertreten zu lassen. So wurden denn auch für die einzelnen Posten - ausgenommen die des Bezirkskassierers, Bezirkslehrlingsleiters und Arbeitsnachweisverwalters - Handbekerkollegen in Wahlvorschluch gebracht. Jedoch mit überwiegender Mehrheit wurden die amtierenden Vorstandsmitglieder reiflos wiedergewählt, welches Ergebnis Kollegen Fette Veranlassung gab, im Namen des Vorstandes der Kollegenschaft für das entgegengebrachte Vertrauen zu danken und zu erklären, daß sämtliche Wiedergewählten, wie bisher, so auch in Zukunft, in ihrer Funktionstätigkeit stets die Interessen der Gesamtorganisation über die der Sparten stellen werden. Nachdem der geschäftliche Teil ohne größere Aussprache seine Erledigung gefunden hatte und nach der Entgegennahme des Kassenerichtes dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt worden war, folgten die Jahresberichte des Vorstandes. Aus letzteren sei festgehalten, daß die Arbeitsmöglichkeit im Bezirk gegenüber dem Vorjahre weitere Verschlechterung erfahren hat. Die Zahl der arbeitslosen Kollegen stieg am Ende des Jahres auf 64, von denen 18 Kollegen sich in Notstandsunterstützung befinden. Der Versammlungsbesuch hat sich erfreulichermesse weiterhin gebessert. Nach genügender Vorarbeit des Vorstandes ist es gelungen, im Bezirk die Korrektoren- und Handbekerparteien ins Leben zu rufen, so daß nunmehr sämtliche Sparten im Bezirk vertreten sind. Das Schicksal hatte sich mit drei Klagen zu befassen, von denen zwei auf schriftlichem Wege ihre Erledigung fanden und eine durch Vergleich beigelegt wurde. Die Tätigkeit

der Lehrlingsabteilung in Duisburg, Mülheim und Hamborn war zufriedenstellend, ließ jedoch in Dethausen und Sterkrade viel zu wünschen übrig. Der Gesangverein „Typographia“ Mülheim blieb weiterhin einjiger Kollegen-gesangverein im Bezirk; er bildete nach wie vor den Mittelpunkt des kollegialen Lebens und stellte sich gern als Mitwirkender bei festlichen Anlässen den Ortsvereinen des Bezirks zur Verfügung. Das nun folgende Referat des Kollegen Fette über „Bericht von der Bezirksvorsitzerkonferenz“ - „Was erwarten wir von den Tarifverhandlungen“ vermittelte der Versammlung ausführliche Einblicke in die gegenwärtige tarifliche Lage, die Manteltarifverhandlungen und die Bestrebungen des Verbandsvorstandes zur Minderung der Arbeitslosigkeit. Redner streifte dabei kurz alle wirtschaftspolitischen Fragen der Gegenwart, wie Arbeitsbeschaffung, Berufsausbildung, Arbeitsgerichts-gesetz usw., und die von den Unternehmern dazu eingenommene arbeitserfeindliche Stellung. Der reiche Beifall, den der Redner am Schluß seiner Ausführungen entließ, bewies, wie die hiesige Kollegenschaft für die kommende Zeit eingestellt ist. Volle Würdigung erfuhren in der anschließenden Diskussion die Maßnahmen der Gausvorsitzerkonferenz bezüglich der durchgesprochenen organisatorischen Fragen, ebenso war man mit der Stellungnahme zu den Manteltarifverhandlungen einverstanden. Ein kurzer Hinweis des Vorsitzenden auf die Betriebsrätewahl 1930 und einige Rednerbeiträge der Mülheimer Kollegenführer bildeten den Abschluß der angeregten verlaufenen Versammlung.

Halle a. d. S. (Korrektoren.) Am 6. Februar fand unsere Generalversammlung statt. Nach Verlesung der Erklärung über das vergangene Jahr und dem Kassenericht erfolgte die Wahl des Vorstandes, der in seiner bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt wurde. Der Mitgliedsbeitrag betrug zur Zeit 20, doch dürfte weiterer Zuwachs kaum zu erwarten sein. Die fachtechnische Fortbildung wird eifrig gefördert in den alle 14 Tage stattfindenden Sitzungen, wo die Kollegen abwechselnd referieren. Zur Pflege der Geselligkeit fand am 25. Januar ein gut verlaufenes Stiftungsfest statt, und am 16. März wird die Korrektorengauversammlung in Halle stattfinden, wo nach getauer Arbeit ein Ausflug ins schöne Saaletal stattfinden wird. So wird ernste Arbeit und eine frohe Stunde weiter das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl stärken und wie bisher ein festes Band zum Wohle unserer Sparte um uns schlingen.

Hanau a. M. Wieder einmal eine gut besuchte Versammlung. 80 Mitglieder aus den Bezirksorten Gelnhausen, Schlüchtern, Angenleibold, Steinheim, Dörnigheim, Ostheim und Hanau waren am 2. Februar zur Jahreshauptversammlung erschienen, die Vorsitzender Fr. Cule in Begrüßungsworten eröffnete. Der Bericht des Vorstandes, des Leiters der Lehrlingsabteilung und der Kassenericht lagen gedruckt vor. Der Jahresbericht erwähnte besonders die für Hanau überaus große Arbeitslosigkeit. Es wurden im abgelaufenen Jahr 107 Mitglieder mit 6717 Tagen Arbeitslosigkeit gezählt. Die Mitgliedszahl stieg von 151 auf 173. Von der Lehrlingsabteilung traten 29 zum Verband über. Das Vermögen des Bezirks ist mit 835,20 M. am Jahresschluß ziemlich unverändert geblieben. Der Durchseherverehr verurteilte eine Ausgabe von 586 M. Die Böhmerlande Güttenberg nimmt immer größeren Auftrieb und zählt 61 Mitglieder. Die Mitgliedszahl der Lehrlingsabteilung betrug zu Beginn des Jahres 51, am Ende 43. Anschließend hielt Gausvorsitzer W. Keps einen Vortrag über „Aktuelle Gegenwartsfragen“ und behandelte speziell die Beschlüsse der Gausvorsitzerkonferenz, gestellte ich das gewerkschaftsschädliche Treiben der Reaktionen von rechts und links und ließ keinen Zweifel, daß diejenigen, die die gewerkschaftlichen Beschlüsse nicht respektieren wollen, auch die Konsequenzen zu tragen haben. Speziell verwies er auch auf die bevorstehenden Betriebsrätewahlen. An das Referat schloß sich eine lebhafteste Debatte. Schlüchtern und Gelnhausen klagten über die Anzulänglichlichkeit der dortigen Lohnzulage. Es schloß sich nunmehr eine Sitzung des Kollegen Jean Weber aus Dörnigheim an, dem sich 25jährige Mitgliedschaft ein Diplom überreicht wurde. Bemerkte sei an dieser Stelle, daß dem derzeitigen Bibliothekar Bruno Seidel für 25jährige Tätigkeit in den verschiedenen Vorstandämtern auf dem Winterfest der „Typographia“ vom Bezirksvorsitzenden eine Uhr überreicht wurde. Der Punkt „Vorstandswahl“ erledigte sich diesmal sehr schnell, indem der leitende Vorstand und der Lehrlingsleiter per Akklamation wiedergewählt wurden. Der Ort der nächsten Bezirksversammlung wird vom Vorstand bekanntgegeben werden. In einer demnächst abzuhaltenden Versammlung soll auch in Hanau eine Handbekervereingung endgültig aus der Taufe gehoben werden.

Karlsruhe. Zu einer recht interessanten Versammlung gestaltete sich die vom 8. Februar durch einen Vortrag des Herrn Landesgewerbesamter Dr. Holzman aus Gewerbaufsichtsamter über „Gewerbeschädigungen des Buchdruckers“. Durch statistisches Material konnte der Referent mit Angabe der Anzahl der Buchdruckereien und der Gehältern im ganzen Reich, speziell aber der in Baden, über die in diesen Betrieben vorgekommenen Erkrankungen berichten. Im Vergleich mit den bei uns und in anderen Berufen vorkommenden Krankheiten, wo die Arbeiter mit viel zu tun haben, konnte er feststellen, daß die Gesundheitsverhältnisse in unserem Beruf nicht ungünstig sind. Gefährdet seien besonders die Lehrlinge, die gehören bei jeder Pause an die frische Luft. Alle Vorkrankungen seien umgehend den Berufsgegenständen angeschlossen, um eventuell für später entscheidendes Material zu beschaffen. Der Referent gab eine Reihe wertvoller Räte zur Vermeidung von Krankheiten und wies auch insbesondere auf die geschlichen Bestimmungen hin. Nach dem Vortrag streifte Vorsitzender Fretel die Vorgänge der letzten Mitgliederversammlung, nach denen die von der Versammlung heimkehrenden Mitglieder von der kommunistischen Arbeiterjugend mit Schimpfereien bespottet wurden. Der von dem ausgeschlossenen kommunisten Kappler in der „Arbeiterzeitung“ gebrachte Verfallensbericht strotzte wiederum von Unwahrheiten, auf die wir verständig, näher einzugehen. An die Betriebsräte, Vertrauensleute und alle die Mitglieder, die Interesse hierfür haben, erging die Aufforderung, sich an den vom Ortsauschuß des DVOB,

veranstalteten Bildungsvorträge besser zu beteiligen. Unser Verwalter, Kollege M a i e r, gab über Zweck und Ziele dieser äußerst interessanten Vorträge nähere Auskunft. Im Anschluß daran konnte er an Hand der in Nr. 12 des „Korr.“ vom Deutschen Buchdrucker-Verein zur Revision des Manteltarifs angeführten Anträge einer kritischen Betrachtung unterziehen. Aus diesen leuchtet eine Auswertung der schlechten Konjunktur in trassierter Form heraus. Man sieht sehr, auf welcher Seite die eigentlichen „Konjunkturpolitiker“ stehen. Die Wünsche der Prinzipale, verglichen mit der bisherigen Fassung und den Wünschen der Gehilfen wiesen vielfach lebhafteste Entrüstung aus. Mit großem Interesse folgte die Verammlung der Besprechung und gab der Erwartung Ausdruck, daß unsere Vertreter bei den Verhandlungen alle Verschlechterungen abwehren und unsere Forderungen Geltung verschaffen. Mit einem Appell auf festem Zusammenhalt wurde die harmonisch verlaufene Verammlung geschlossen.

**Pö-Rhein. (Handseher.)** Die Jahres-Hauptversammlung unserer Gauvereinigung fand am 26. Januar statt. Sämtliche Vereinigungen hatten dazu Delegierte entsandt. Außerdem nahm Gauvorsitzer Bertram und Bezirksvereinsvorsitzender Jensen daran teil. Vorsitzender S t r a t h m a n n dankte allen für ihr Erscheinen. Weiter mußte er auch eines Toten gedenken, der zum Stammvater der Handseherpartei gehörte und bis zu seinem Tode Vorsitzender der Vereinigung in Lemgo war, des Kollegen W. Düweltheke. Die Verammlung ehrte sein Andenken in üblicher Weise. Unter „Geschäftlichem“ gab der Vorsitzende bekannt, daß fortan alle Zuschriften an den Vorstand der Gauvereinigung zu richten sind, der dieselben dann an die Zentralkommission weiterleitet. Kollege B e r t r a m und Jensen konstatierten, daß das Arbeitsleben in den Sparten bedeutend zur Stärkung des Verbandes beitrage. Lebtgenannter erhobte durch Austausch der Versammlungs-Einladungen der einzelnen Sparten das baldige Verschwinden der Streitigkeiten untereinander und die lang gehegte enge Zusammenarbeit zwischen Verband und Sparten. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden ging hervor, daß wir im verfloffenen Jahre einen starken Aufschwung zu verzeichnen hatten, und daß heute 15 Vereinigungen mit über 1700 Mitgliedern in der Gauvereinigung zusammengeschlossen seien. Neugründungen hätten in Gelsenkirchen, Maaßen, Eifen, Düren und Düsseldorf stattgefunden, denen Bonn, Krefeld, Koblenz usw. binnen kurzem folgen werden. Der Kassenbericht des Kollegen F e m a n n ergab nach überzogenen Ausgaben für Werbung und Neugründungen einen trotzdem erfreulichen Bestand von 1178 M., gewiß ein Zeichen paramen Wirtschaftens. Der Dank der Verammlung wurde dem Vorstand für seine geleisteten Geschäfte, speziell unserm Kassierer, einmütig zuteil. Die zur Beratung stehenden Anträge befaßten sich in der Hauptsache mit der Lohn- und Tarifrevision in diesem Jahre und wurden nach reichlicher Durchsprechung durch die einzelnen Delegierten der Zentralkommission überwiesen. Als Vergütung für das abgelaufene Geschäftsjahr wurden dem Vorsitzenden und Kassierer je 100 und dem Schriftführer 50 M. bewilligt. Desgleichen wurden der Delegierten und dem Vorstand für die Verammlung 8 M. Tagesgelde (ausschließlich Fahrtkosten) zugestanden. Unter „Verschiedenem“ regelte man, einem Antrag Düsseldorf gemäß, die Zahl der Delegierten zur Jahresversammlung; für 50 = 1, 100 = 2 und jede weitere 100 Mitglieder = 3 Delegierte. Die Festsetzung des Ortes der nächsten Wanderversammlung wurde dem Gauvordand überlassen.

**Köln. (Korrektoren.)** In unserer Jahres-Hauptversammlung vom 25. Januar gab Vorsitzender F l a h ein Bild der im vergangenen Jahre geleisteten Arbeit. Über den Vorschlag des Vorstandes, den Monatsbeitrag auf 80 Pf. zu erhöhen, ging die Verammlung noch hinaus und beschloß einstimmig einen Beitrag von einer Mark. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Die Zahl der Mitglieder liegt auf 57. Mit einem Hinweis auf die kommende Verammlung der Gauvereinigung in Bielefeld fand die Verammlung ihren Abschluß.

**Köln. (Stereotypen, Galvanoplastiker und Schriftgießer.)** Die am 9. Februar hier abgehaltene Hauptversammlung unserer Gauvereinigung hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Mit einem kurzen Willkommensgruß durch den Vorsitzenden Steinl a m p wurde die Tagung eröffnet. Zur weiteren Begrüßung waren Vertreter verschiedener Sparten anwesend. Mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit wurde gefordert, Absichten zu vermeiden, um dadurch die Arbeitslosigkeit vermindern zu helfen. Auch auf die Überläufer innerhalb unseres Berufs wurde hingewiesen. Es sei ein Gebot der Stunde, hier ein wahres Auge zu haben. Zur Aufnahme fanden zwei Kollegen. Der Jahresbericht, vom Kollegen Steinl a m p gegeben, wurde debattelos entgegengegenommen. Von der Düsseldorf-Konferenz ausgehend, gab er einen kurzen Rückblick über die Tätigkeit des Vorstandes. Den Kassenbericht gab Kollege G r a f e r. Es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Einer Anregung des Bezirks Eifen, den Kassenbericht gedruckt erscheinen zu lassen, soll Rechnung getragen werden. Sodann gab Kollege G a n z (Düsseldorf) den Bericht der Technischen Kommission, an den sich eine kleine Aussprache angeschlossen. Die Anträge hatten sich gegenüber dem letzten Halbjahr vermehrt, und sie wurden von der Kommission zur Zufriedenheit erledigt. Die Anregung, das Technische mehr als bisher zu pflegen durch Abhaltung von Vorträgen technischer Art, fand allgemeine Zustimmung. Vorstand sowie Technische Kommission (Sitz Düsseldorf) wurden durch Zuruf wiedergewählt. Einwendungen dagegen, den Sitz der Technischen Kommission nach Köln zu verlegen, konnte sich nicht durchsetzen. Ein Antrag Köln, jährlich eine Bezirksvorsitzerkonferenz abzuhalten, fand einstimmige Annahme mit dem Zusatz, selbige in Düsseldorf stattfinden zu lassen. Als nächster Tagungsort wurde Hagen gewählt. Unter „Verschiedenem“ kam eine örtliche Angelegenheit zur Sprache. Es wurde dem betreffenden Bezirk überlassen, den Fall zur Erledigung zu bringen.

**Königsberg i. Pr. (Handseher.)** Unsere Generalversammlung hielten wir am 2. Februar ab. Vorsitzender Z i f f u s konnte außer den Mitgliedern den Gau-

vorsitzer Reiser, den Ortsvorsitzenden Sube und die Vertreter von Kreis und Ort des Bildungsverbandes und der Sparten begrüßen. Den größten Raum nahm die Erörterung eines Konflikts zwischen Maschinenseher und Handseher ein. Dieser Gegensatz machte sich bemerkbar, als bei Entlassungen in dem hiesigen größten Betrieb die Handseher sich weigerten, Maschinenseher in den Handlag zu übernehmen, da dann noch mehr Handseher als vorgeesehen entlassen werden sollten. Trotz schärfster Anfeindung, besonders unsres Vorsitzenden, haben unsre dort konditionierenden Spartenkollegen ihr Recht durchgesetzt. Sie haben aber auch in einem für einen zur Entlassung kommenden Maschinenseher besonders gelagerten Fall (verheiratet mit zwei Kindern) alles Verständnis und Entgegenkommen bewiesen. Bedauerlich bleibt es, daß man nicht vor Ausbruch des Konflikts den Weg einer Verständigung gefunden hat. Bei den Vorstandswahlen legte Kollege J i f f u s sein Amt wegen Überlastung nieder, an seine Stelle trat Kollege A r t u r O s t e. Den anwesenden arbeitslosen Mitgliedern wurde ein Zehrgeld von 3 M. ausbezahlt.

**Kaiserslautern.** Unre Hauptversammlung, die einen guten Besuch aufzuweisen hatte, fand am 2. Februar statt. Nach Aufnahme von zwei neuen Mitgliedern erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Besonders Erwähnung verdienen die Folgen der zahlreichen Lehrlingsentlassung im Jahre 1928, die sich in Form einer hohen Arbeitslosenziffer unangenehm bemerkbar machen. Auch auf die Wichtigkeit der Betriebsratswahlen wurde erneut hingewiesen. Anschließend an den Kassenbericht berichtete der Lehrlingsleiter über die Tätigkeit der Abteilung im vergangenen Jahre, die einen zufriedenstellenden Erfolg zeitigte. Die darauf folgende Neuwahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Kollege M a y erstattete den Bericht über die Bezirksvorsitzerkonferenz. Unter „Verschiedenem“ wurde der Antrag angenommen, eine Präsenzkarte in jeder Verammlung zu versehen, um damit den Verammlungsbuch zu erhöhen, da man am Schluß des Jahres erfahren kann, welche Kollegen an dem Wohl und Wehe unserer Organisation reges Interesse bezeugen.

**Saale i. B.** Am 9. Februar fand unre Bezirks-Generalversammlung in Offenburg statt, die von genau 50 Proz. der Mitglieder besucht war. Vorsitzender K e i b e l begrüßte eingangs der Verammlung Kollegen H e s e n t r a g als Vertreter des Gauverbandes, Kollegen J e l l e (Freiburg) als Vertreter der Handseherpartei und Kollegen S p i n d l e r (Offenburg) als Vertreter des dortigen Ortsauschusses des ADGB. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Verammlung das Andenken eines verstorbenen Kollegen. Der vom Vorsitzenden erstattete Geschäftsbericht gab einen Einblick in die vielseitige Arbeit, die heute von den Gewerkschaften gefordert wird. Zusammenfassend konnte festgestellt werden, daß die verchiedenen Vorstöße von Prinzipalseite, die Lage der Gehilfenschaft infolge der ungünstigen Geschäftslage zu verschlechtern, abgewehrt werden konnten. Nur in einem Falle konnten die tariflichen Bestimmungen nicht durchgeführt werden, weil, trotzdem die Klage seit November 1928 schwebt, vom Spruchamt für Arbeitslosenversicherung noch keine Entscheidung getroffen ist. In der Mitgliederzahl ist eine Erhöhung eingetreten, während die Zahl der Mitglieder in der Lehrlingsabteilung sinkt. Zurückzuführen ist der Rückgang in der Lehrlingsabteilung auf die nun endlich gelungene restlose Durchführung der Lehrlingsstapel. Kollege J e l l e r verbreitete sich kurz über den Zweck der Handseherpartei, wies darauf hin, daß es gelungen sei, in Offenburg die Sparte ebenfalls zu gründen und wünschte, daß auch die anderen Handseher in den übrigen Ortsorten des Bezirks den Weg zur Sparte finden mögen. Der Bezirksvorsitzende sagte volle Unterstützung zu. Die Anträge, die zum Geschäftsbericht vorlagen, wurden rasch erledigt. Es soll in Zukunft alljährlich eine Konferenz der Ortsvorsitzenden und -vertrauensleute stattfinden, um Gelegenheit zu haben, sich über arbeitsrechtliche Fragen auszusprechen. Falls die finanziellen Mittel zur Abhaltung der Sommerbezirksversammlung nicht vorhanden sind (infolge erhöhter Zuwendungen an durch Arbeitslosigkeit in Not geratene Mitglieder), hat der Vorstand das Recht, diese Verammlung fallen zu lassen. Außerdem wurde dem Vorstand ein Antrag als Material überwiesen, der bezweckt, eine andre Regelung der Lehrlingshaltung in sozialdemokratischen und kommunistischen Zeitungsbetrieben anzugstreben. Nach dem Bericht des Kollegen S c h n u r z geht die Bezirksstapfe einen guten Stand. Die Arbeit der Vorstandschaft wurde allgemein anerkannt, ihr einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und der alte Vorstand wiedergewählt. Da der zweite Vorsitzende anderweitig viel in Anspruch genommen ist, übernimmt der Bezirksvorsitzende auch die Bezirkslehrlingsabteilung. Infolge der erhöhten Arbeit des engeren Vorstandes wurde die Entschädigung einer Revision unterzogen. Der Bezirksbeitrag wurde in alter Höhe belassen. Die Sommerbezirksversammlung findet — wenn eine solche möglich — in Zell a. S. statt. Damit hatte die sehr anregend und kollegial verlaufene Verammlung ihr Ende erreicht. — Am 26. Januar fand in Offenburg eine Konferenz der Vertrauensleute und Ortsvorsitzenden des Bezirks statt, um die Vorarbeiten zur Generalversammlung zu erledigen. Hierbei wurden die zur Verammlung gestellten Anträge durchberaten und arbeitsrechtliche Streitfragen geflärt. Kollege S a n d f o r t (Freiburg) erstattete Bericht von der Gauvorsitzerkonferenz und gab die Anträge zu den Tarifverhandlungen bekannt. Auch diese Konferenz verlief in sehr kollegialer Weise.

**Mühlhausen i. Th.** Unre Jahres-Hauptversammlung fand am 1. Februar statt. Nach Bekanntgabe verschiedener Eingänge erstattete Kollege A d a m den Geschäftsberichtsbericht über das vierte Quartal. Es wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß der durchschnittliche Verammlungsbuchbesuch im Vorjahr nur 40 Proz. betrug. Die Mitgliedschaft zählte am Anfang 87, am Ende des Jahres 95 Mitglieder. Bei der Einführung des neuen Lohnes am 1. April verlor ein Teil der Geschäfte, den seit 1921 bezahlten höheren Ortszuschlag von 2 1/2 Proz. in Abzug zu bringen. Es kam zu einer Einigung dahingehend, daß diese 2 1/2 Proz. in eine feste Übernahmungsbezahlung umgewandelt wurden. Auch die Überstundenbezahlung im „An-

zeiger“, die für die über Tarif Entlohnten nach dem neuen Minimum erfolgte, wurde auf glücklichen Wege geregelt. Die Arbeitslosigkeit war im vergangenen Jahre hier sehr groß. Durch Stilllegung der „Mühlhäuser Zeitung“ ist die Zahl der Arbeitslosen noch erheblich gestiegen. Am Jahresanfang hatten wir 28 Arbeitslose und vier Kranke, so daß 30 Proz. der Ortsvereinsmitglieder arbeitslos sind. Möge das Jahr 1930 wenigstens einigermaßen Besserung bringen, so schloß der Vorsitzende seine Ausführungen. Der Jahresjahresbericht, welcher gedruckt vorlag, wurde vom Kollegen A b e r m a n n nach einer Erläuterung. Der Bericht des Lehrlingsleiters war auch gerade nicht rosig zu nennen und forderte die Kollegen zur regen Mitarbeit auf. Auch der Bibliothekar forderte zur regen Benutzung der Bibliothek auf. Von dem Recht der Kritik an den Jahresberichten wurde regen Gebrauch gemacht. An allen Positionen muß gepart werden, für die Lösung der Debatteredner. Sogar das Ortsmitglied, der Durchreisende wollte man geklirt wissen. Die anschließenden Vorstandswahlen leitete der Senior der hiesigen Buchdrucker, Kollege Karl Weingart. In beredten Worten verstand er es, den alten Vorstand trotz der lobenden Erfolge Kaputt zu machen und ihm zu danken für die im Interesse der Gesamtkollegen geleistete Arbeit. Der gelamte Vorstand wurde darauf einstimmig wiedergewählt. Als Verammlungstotal bleibt die „Höpenblüte“ bestehen. Auch die Entschädigungen blieben dieselben wie im vergangenen Jahre. Für den Gesangverein wurde der übliche Satz wieder bewilligt. Zum 40jährigen Stiftungsfest des Ortsvereins und 20jährigen des Gesangvereins, welches am 1. Juni gefeiert werden soll, wurde eine Kommission von fünf Kollegen gewählt, die für die Feier ein Programm ausarbeiten und es der nächsten Verammlung zur Genehmigung vorlegen soll.

**Nürnberg. (Handseher.)** Unre Generalversammlung am 7. Februar erfreute sich eines guten Besuches. Vorsitzender S a u e r begrüßte eingangs der Verammlung einige Kollegen aus Hirsch sowie den Ortsvordand und den Verwalter der Mitgliedschaft. Hierauf berichtete der Vorsitzende über das verfloffene Geschäftsjahr. Er führte aus, daß dieses ein sehr arbeitsreiches gewesen sei. Durch rege Agitation war es uns möglich, den Mitgliederstand auf 300 zu erhöhen. Ferner berichtete er über die Veranstaltungen des abgelaufenen Jahres. Durch sparsames Haushalten waren wir in der Lage, an 14 ausgefeuerte Handseherkollegen eine einmalige Winterbeihilfe von 10 M. zu gewähren. Kassierer M a t h e s gab Bericht über die Kassenverhältnisse und bezeugte diese als gut. Die alte Verwaltung wurde bis auf einen Beisitzer, der durch Krankheit verhindert ist, das Amt weiter zu belassen, per Attakation einstimmig wiedergewählt. Weiter wurde eine Berechnungskommission, bestehend aus drei Kollegen, gewählt. Vorsitzender S a u e r verlas dann noch einige Abschnitte aus dem letzten „Mittelungsblatt“ der Zentralkommission, die sehr von Vorteil für uns Handseher sind. Zum Schluß seiner Ausführungen appellierte er an die Mitglieder, tatkräftig mitzuarbeiten zum Wohle unserer Sparte und des Verbandes.

**Odenburg i. O.** Am 2. Februar fand hier die diesjährige Jahres-Bezirksversammlung statt, zu der die Kollegen aus allen Bezirksorten per Bahn und Autohaus „erschienen“ waren. Der Gesangverein „Gutenberg“ Odenburg gab der Verammlung einen würdigen Auftakt durch zwei Chöre. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden A b e r s war erwähnenswert, daß bei einer Mitgliederzahl von 412 rund 100 Lehrlinge, die fast reiflos den Lehrlingsabteilungen angehören, in der Ausbildung stehen. Dieser enorme Nachwuchs ist wohl auch hauptsächlich der Grund, daß im Laufe des verfloffenen Jahres 125 Kollegen im Bezirk arbeitslos waren. In Wilhelmshaven-Rüstringen stellte das „Tageblatt“ sein Erscheinen ein, wodurch eine Anzahl Kollegen zur Entlassung kamen. Die Frankfurt-Beschlüsse wurden im Bezirk reiflos durchgeflirt. Scharfe Ablehnung erfuhren die gewerkschaftsfeindlichen Bestrebungen gewisser Kreise. Dem Bezirks- und dem Gauvordand wurde für ihre rühmliche Arbeit und Aktiuität Anerkennung zuteil. Die Beschlüsse aus den einzelnen Orten liefen für den Anfang dieses Jahres wesentliche Besserungen in Bezug auf Arbeitsmöglichkeit nicht erkennen. Gauvorsitzer J i s e r p referierte sodann über die Gauvorsitzerkonferenz. Er beleuchtete unre Wünsche zur Manteltarifrevision und die Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet und zeigte unre Wünsche für das in Vorbereitung befindliche Berufsausbildungsregel und das Arbeitsmehrgelde auf. Er rief zu freudiger Mitarbeit auf, denn Geschlossenheit tue uns mehr als denn je. Bezirksvorsitzender A b e r s und Bezirksstapfleiter L i j e n h o p wurden einstimmig wiedergewählt, der Schriftführer neuergewählt. Die Sommer-Bezirksversammlung findet in Rülfringen-Wilhelmshaven, verbunden mit einem Bezirks-Johannisfest, statt.

**Osnabrück. (Maschinenseher.)** Unre Hauptversammlung am 2. Februar wies einen guten Besuch auf. Vorsitzender H e e m a n n brachte unter „Geschäftlichem“ die Neubesetzung der Zentralkommission und des Vorstandes zur Kenntnis. Die vom Internationalen Buchdruckersekretariat im Vorjahre herausgegebene Statistik über die Arbeitsbedingungen der einzelnen Länder fand aufmerksame Zuhörer. Im Jahresbericht wurde nochmals kurz der Kongreß von Frankfurt gestreift sowie seine markantesten Stellen hervorgehoben. Einen hohen Beifall brachte uns die Stilllegung des größten Betriebes im Bezirk, der Firma F. E. Haag in Welle. Die Firma beschäftigte rund 100 Personen, darunter zeitweise bis zu 30 Typographen. Kollegen, die zwei und drei Jahrzehnte dort beschäftigt waren und treu zur Sparte standen, sind in alle Welt verfloren. Abgesehen hiervon, ist die Beschäftigung im Bezirk als nicht löschlich zu bezeichnen. Der Mitgliederstand beträgt 46. Der gedruckt vorliegende Kassenbericht wurde vom Kollegen B r o c k m a n n ergänzt. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahl des Vorstandes vollzog sich reibungslos. Durch Zuruf wurde der gesamte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ wurde angeregt, die technischen Vorträge zu teilen, und zwar für das Art- und Emsland in Osnabrück, für den übrigen Teil in Osnabrück. — Anschließend fand eine Gruppenaufnahme statt, die an historischer Stätte (Seeger Tor) gemacht wurde.

**Queblinsburg, (Drucker.)** Unsere Februarversammlung brachte als besonderen Tagesordnungspunkt einen Vortrag über Vierfarbendruck, gehalten vom Kollegen G. Kockert (Magdeburg), der von der Versammlung sehr beifällig aufgenommen wurde. Anschließend hörten wir den Bericht von der Kreisvorsitzendenbesitzung durch unsere Vorsitzenden Laab. Mit den Arbeiten der Kreisvorstände war die Versammlung einverstanden. Dann wurden noch interne Vereinsangelegenheiten erledigt. Im nächsten Monat findet eine Besichtigung von Königs Rogenanleger (Sauger) in einer hiesigen Druckerei statt.

**Bad Salsungen - Schömar i. Ripp.** Unsere Generalversammlung am 9. Februar war ausnahmsweise gut besucht. Der vom Vorstand gegebene Jahresbericht, der Bericht von der Bezirksvorkehrerkonferenz und der Inhalt einiger Eingaben an den Verbandsvorstand zu den neuen Tarifverhandlungen wurde ohne Debatte gutgeheißen. Zu dem ersteren wurde besonders bemängelt, daß das Interesse am Bildungsverband hier sehr viel zu wünschen übrig läßt, und daß das vor allem unter den jungen Kollegen besser werden müsse. Der vom Kassierer Dröge gegebene Kassenbericht gab ein Bild über den besorgniserregenden Kassenbestand. Ihm wurde Dank und Entlastung erteilt. Die dann vorgenommene Vorstandswahl ergab eine Änderung in der Besetzung, da der bisherige Vorsitzende, Kollege Gottlieb Burkhardt, der das Amt rund 20 Jahre inne hatte, infolge Krankheit und eventueller Invalidität aussteigt. An seine Stelle wurde der bisherige langjährige Kassierer, Kollege Grabe, einstimmig gewählt. Dieser dankte dem treuen Veteranen und Vorgänger für seine langjährigen Dienste. Der Schriftführerposten wurde ebenfalls einem anderen jüngeren Kollegen übertragen. Die Vertretung im Ortsauschuß und im Arbeiterwohlfahrtsauschuß blieben in den Händen des Kollegen Grabe.

**Schwerin i. M. (Handseher.)** Unsere Generalversammlung am 8. Februar hatte eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen. Aus den Mitteilungen des Vorstandes ist erwähnenswert, daß die Zahl der Spartenmitglieder im Gau stetig zunimmt. Der Jahresbericht des Kollegen Bunge wurde beifällig aufgenommen. Die tabellarischen Abrechnungen des Kollegen Cramer ergaben, daß in den Kassen der Orts- und der Gauvereinsung bescheidene Bestände vorhanden sind. Der Vorstand und die Revisoren wurden wieder in ihren Ämtern bestätigt; neu wurde der Schriftführer gewählt. Am medienburgischen Aufzug wird in Wismar eine Wanderversammlung stattfinden, die hoffentlich den gewünschten Erfolg zeitigt. In Kürze wird auch eine Versammlung mit einem Referat über die Invalidenversicherung stattfinden. Die Gründung einer Reisepartei brachte in der Generalversammlung noch keine Klärung, so daß hierüber noch in einer anderen Versammlung zu beraten ist. Im Sommer soll eine Handseher-Gauveranstaltung hier am Orte stattfinden.

**Stettin. (Handseher.)** Am 31. Januar tagte unsere erste Generalversammlung. Der Vorsitzende gab einen ausführlichen Bericht über die Gründung der Vereinigung (4. Juli 1929), bis zur Zeit, in der Gründungsversammlung waren 98 Mitglieder anwesend, die sämtlich beitrugen. Ende des Jahres hatten wir einen Mitgliederbestand von 152, das heißt auf 170 angewachsen ist. Unser Kassenbestand ist als zufriedenstellend zu bezeichnen. Für den im Laufe des Jahres wegen Krankheit ausgeschiedenen Kassierer K. Goh wurde Kollege K. Grünwaldt gewählt. Zum Schluß forderte unser Vorsitzender sämtliche Mitglieder auf, erneut für unsere gute Sache zu werben und zu wirken.

**Waldenburg. (Maschinenseher.)** Unsere hier abgehaltene Bezirks-Hauptversammlung am 9. Februar erfreute sich eines Besuches von 30 Kollegen. Außer diesen begrüßte der Vorsitzende Wagner den Kollegen Wirtbach vom Gauvorstand in Breslau. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßte der Vorsitzende die Kollegen Köster (Waldenburg) und Teuber (Neudöbe) zu ihrem 25jährigen Maschinenseherjubiläum. Kollege Birschschloß sich den Glückwünschen an und dankte den beiden Jubilaren für ihre im Interesse der Sparte geleistete Arbeit. Die Firma Mergenthaler hatte den beiden Kollegen je ein Anschreiben und einen Anhänger gefandt. Nach Bekanntgabe einiger Rundschreiben durch den Vorsitzenden hielt uns Kollege Birschschloß einen Vortrag über „Von kommenden Dingen“. Mit größter Aufmerksamkeit folgte die Versammlung den feststehenden Ausführungen des Redners, und reicher Beifall wurde ihm für seine Ausführungen gezollt. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden sei nur kurz erwähnt, daß innerhalb des Bezirks zu Beginn des Jahres 54 und Ende des Jahres 61 Kollegen Mitglieder der Sparte waren. Beschäftigt sind im ganzen Bezirk 95 Maschinenseher, von denen 65 Verbandsmitglieder sind. Der Vorsitzende ging noch auf das umfangreiche Material der letzten Statistik ein, das interessante Gegenüberstellungen ermöglicht. Der Kassenbericht lag gedruckt vor; die Kassenverhältnisse sind gute. Der alte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die Technischen Kommission bilden die Kollegen Maibon, Waldenburg (Linotype) und Weber, Glas (Typograph). Nachdem noch verschiedene kleinere Angelegenheiten erledigt worden waren, blieben die Kollegen nach gemeinsamer Mittagsrast noch einige Stunden zusammen und wurden in dieser Zeit durch den humorvollen Kollegen Werner (Schweidnitz) unterhalten.

**Wanne-Ginkel.** Unsere Generalversammlung fand am 1. Februar statt. Vorsitzender Hans Kaufher begrüßte die zahlreich erschienenen und gab hierauf einen ausführlichen Jahresbericht. Im großen und ganzen schloß das Jahr 1929 glänzend für den Ortsverein ab. Auch der Kassenbestand zeigte ein glänzendes Bild, und dem Kassierer konnte Entlastung erteilt werden. Hierauf gab der Vorsitzende einen kurzen Bericht von der letzten Bezirksversammlung. Die Wahl des Vorstandes ergab dessen Wiederwahl, mit Ausnahme des Schriftführers, der sein Amt zur Verfügung stellte. Zur Erlangung von Druckflächen soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, an dem sich Gesellen wie Lehrlinge beteiligen können. Für letztere ist für jedes Verzeichnis ein Buchpreis in Aussicht genommen. Unter „Verstärken“ wurden einige interne Angelegenheiten erörtert.

## Allgemeine Rundschau

**Erfolgreiche Tarifbewegung der dänischen Buchdrucker.** In Ergänzung unserer Auslandsnotiz in voriger Nummer über die Möglichkeit eines Konflikts im Buchdruckgewerbe Dänemarks sei von folgendem Erkenntnis des „Forswärts“ vom 27. Februar aus Kopenhagen Notiz genommen: Die Ankündigung des Buchdruckerstreiks für kommenden Sonnabend ist nunmehr zurückgezogen worden, da der von dem amtlichen Schiedsrichter bei den Parteien vorgebrachte Vermittlungsvorschlag nun angenommen worden ist, und zwar von beiden Parteien. Der Vorschlag, der die Grundlage des neuen Lohnabkommens bildet, enthält verschiedene Verbesserungen der Arbeitsverhältnisse für Buchdrucker. Der Lohn wird um ein bis zwei Kronen wöchentlich erhöht. Die Arbeitszeit wird auf 7 1/2 Stunden festgesetzt für alle Arbeiter, deren Arbeitszeit nach 24 Uhr endet (also für Nachtarbeit).

**Eine französische „Bugra“.** Unter dieser Spitzmarke wurde kürzlich von der „Zeitschrift für Widerstreben“ mitgeteilt, daß sich in Paris eine Vereinigung gebildet hat, die ein Buchmuseum und einen ständigen Salon des Buches schaffen sowie Propaganda für Buchkunst treiben will. Außerdem beschäftigt sie, nach dem Muster der Leipziger „Bugra“ eine internationale Buchausstellung für 1931 in Paris vorzubereiten. Zweifelslos soll diese „Bugra“ dazu dienen, dem gesamten französischen Buchgewerbe neue Freunde und Abnehmer zu gewinnen. Der Erfolg wird wahrscheinlich nicht ausbleiben. Frankreich ist nicht mehr das Rentnerland der Vorkriegszeit, das sich darauf beschränkte, sein erspartes Geld in in- und ausländischen Staatspapieren anzulegen, aber des Ehrgeizes entbehrte, in Wettbewerb mit den Hauptindustrielländern zu treten. Seit Kriegsende hat die französische Industrie mächtig ihre Schwingen geregt, sie beschäftigt rund zwei Millionen ausländische Arbeiter (Polen, Belgier, Italiener, Deutsche, Farbige) und dennoch gibt es in Frankreich keine Arbeitslosen, sondern längst wurde noch berichtet, daß in der französischen Industrie 60 000 Arbeiter fehlten. Auch an der diesmaligen Leipziger Buchmesse ist zum erstenmal seit Bestehen der Leipziger Messen überhaupt Frankreich mit einer Buchausstellung beteiligt. Der Deutsche Buchgewerbeverein der die Messe im Bugra-Haus organisiert, erhielt die offizielle Zusage der französischen Verleger, von denen etwa 30 teilnehmen werden. Im Vordergrund soll die Ausstellung schöner Literatur stehen.

**Preisanschreiben des Lindcar-Fahradwerkes.** In allen Teilen des Reiches läuft gegenwärtig ein namenhafter Sturm des Lindcar-Fahradwerkes in Berlin-Lichtenrade AG. bekanntlich ein Eigenunternehmen der Gewerkschaften. Dieser Sturm ist dazu bestimmt, das Fahrradwerk in Wirt zu zerschlagen. Die Verkaufnahmen über die Entstehung des Fahrradwerkes sind mit einer Spielhandlung verbunden. Ein arbeitsloser Kollege erhält nach langer Zeit endlich Arbeit. Leider liegt die Arbeitsstelle weit von seiner Wohnung entfernt. Das beschwerliche und zelt-raubende Hin- und Herfahren mit der Straßenbahn hätte ihm die Stellung beinahe betrieblid, wenn ihn nicht ein Kollege herangezogen hätte, auf das Eigenunternehmen der freien Gewerkschaften, das Lindcar-Fahradwerk, aufzumerken gemacht hätte. Nach dieser Unterhaltung fällt ihm auf dem Heimweg zum ersten Male auf, wie viele Menschen eigentlich radfahren. Der Sturm zeigt anschaulich, wie ohne Anagnis, gegen kleine Wodenzraten ein Lindcar-Fahrad bezogen werden kann. Dann folgen die Verkaufnahmen. Anderes ist das neue Fahrrad im Hause des Kollegen eingetroffen, und das Schlußbild zeigt die Freude der Familie darüber. Das wöchentliche Fahrgeld wird für das Fahrrad gegeben. Bald ist das Rad ausbezahlt und das erlöbige Fahrgeld geht nun zur Sparkasse der Arbeiterbank. Am den richtigen und besten Titel für den Sturm zu finden, veranstaltet die Direktion des Lindcar-Fahradwerkes ein Preisanschreiben, an dem sich jeder freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter und jede Arbeiterin beteiligen kann. Der Titel muß kurz und treffend sein, je kürzer desto besser. Für die besten Lösungen stehen zehn Lindcar-Fahrräder zur Verfügung. Als letzter Einbringstermin gilt der 15. März 1930. Bis zu diesem Tage müssen alle Einbringungen beim Lindcar-Fahradwerk AG. in Berlin-Lichtenrade oder in einer der zahlreichen örtlichen Niederlagen im Reich eingelaufen sein. Name und Adresse des Abenders müssen genau angegeben sein. Beizufügen ist eine gestempelte Bescheinigung über die Organisationszugehörigkeit. Die Entscheidung über die besten Titel bleibt einem fünfstelligen Kollegium vorbehalten. Bei gleichlautenden Titeln entscheidet das Los. Die Bekanntgabe der Preisträger und deren Vorschläge erfolgt wenige Tage darauf in der gesamten Gewerkschaftspressen und in einigen Arbeitertageszeitungen.

**Zur Entwicklung des Deutschen Arbeiterfängerbundes.** Die Organisation der deutschen Arbeiterfänger ist vielen Arbeitern nur dadurch bekannt, daß seine Chöre zu allen Veranlassungen der Arbeiterbewegung herangezogen werden. In Jahresfristlangem Schaffen hat der Arbeiterfängerbund seinen Aufbau vollzogen. Das trifft nicht bloß im organisatorischen Sinne zu. Auch in Wirklichkeit hat sich der Bund ein eigenes Geschäftsgebäude in Berlin geschaffen. Wie uns aus dem Bundesbüro mitgeteilt wurde, konnte kürzlich in dem Eigenheim die erste Sitzung des Gesamtvorstandes abgehalten werden. Ein historischer Augenblick vor allen Dingen für jene, die als Mitbegründer des Bundes an dieser Sitzung teilnahmen: Alex Kaiser, Julius Meyer, Otto Schmidt und Georg Jörn. Weshalb erhebetes Gefühl muß unsre Ästen erfassen, wenn sie die Regsamkeit in der heutigen Geschäftsstelle des Arbeiterfängerbundes betrachten und von sich sagen können: Dazu haben wir den Grund gelegt, das alles haben wir mit schaffen helfen! Einmalms die Verwaltung in der eigenen Wohnung führend, dann in engen Mieträumen die anwachsende Arbeit erledigend — so gingen die Ästen ihren Weg, bis sie den Einzug in das eigene Heim erleben durften. Wo einstmalms einer, zwei die Arbeit vollbrachten, da sind es heute 21 Beschäftigte. Davon entfallen auf den Vorstand fünf, auf die Angelegtenstellen 16. Die Gesamtsatz dieser Beschäftigten verteilt sich wie folgt: Stabsberatungsstelle 3,

Zeitung 2, Verlags- und Versandgeschäft 10, Kassen-geschäft 2, Organisations- und Verwaltungsarbeit 4. Uns 319 Vereinen mit 9150 Mitgliedern im Jahre 1929 sind über 6000 Vereine mit rund 250 000 Mitgliedern geboren. Weich immense Arbeit spritzt aus solchen Zahlen. Und alles aus eigener Kraft! Das ist das Markante an dieser Entwicklung. Von ebenso historischem Wert wie diese Zahlen sind auch jene Summen, die in der Vorstandssitzung Kunde gaben von den gewaltigen Werken, die im Arbeiterfängerbund an Noten und andern Material investiert sind. Hunderttausende von Mark sind es, die zur Erweiterung des „Artenas“ Verwendung fanden, aus dem die Chöre gespeist werden. Die Herausgabe sozialistischer Werte verlangt bedeutende Summen. Einige Zahlen seien Zeuge dafür: 12 000 M. für „Kreuzzug der Maschine“, 6000 M. „Das Lied vom Arbeitsmann“, 5000 M. „Freiheit“. Auch die Herausgabe der Chorführerführer (für gemischte und für Männerchöre) erforderte bedeutende finanzielle Aufwendungen. Wenn man dazu die durch die Verhältnisse notwendig gewordene Erziehung des Bundeshauses rechnet, dann wird wohl auch in den andern Zweigen der Arbeiterbewegung die Erkenntnis lebendig: Der Arbeiterfängerbund bildet einen zu beachtenden Aktivposten in der Gesamtbilanz unserer Arbeiterbewegung! Weitere Pläne mustätsch-gesanglicher Art sind im Werden, nach neuen Werten proletarischen Bekenntnisses wird Umschau gehalten. Wenn in der ersten Sitzung im eignen Bundes-haus an das Vergangene erinnert, das Gegenwärtige gewürdigt und für das Zukünftige gearbeitet wurde, dann mußte jener Augenblick für alle Teilnehmer von historischer Bedeutung sein. Nicht aber nur die Vorstandsvertreter sollen dies erkennen und empfinden — nein, alle Angehörigen der modernen Arbeiterbewegung dürfen mit Stolz sich dieser Entwicklung des Arbeiterfängerbundes von Herzen freuen als eines Wertes des Klassenbewußtseins und der Solidarität der Arbeiterchaft. Mögen beide auch in Zukunft weiter die anregenden und damit aufbauenden Kräfte der Bewegung bleiben!

**Kommunistische Parteirevolution.** In einem von 60 Parteifunktionären unterzeichneten Flugblatt, das dieser Tage, ausgehend von den beiden Berliner kommunistischen Stadträten Raddach und Leh, verbreitet wurde, wird der Wahlsinnsakt der Stalin-Kommunisten schärfer Kampf angelegt, insbesondere auch ihrer Zerplitterungspolitik innerhalb der Gewerkschaften. Darüber heißt es in dem Flugblatt u. a.: „Auf gewerkschaftlichem Gebiet verluft man durch die Entseklung sogenannter revolutionärer Einzelkämpfe eine Massenbewegung vorzutauschen. Dabei kommt es den revolutionären Gewerkschaftsstrategen durchaus nicht darauf an, ob die von ihnen in diese Kämpfe hineinmännerten Arbeiterchaften auch nur mit der geringsten Aussicht auf Erfolg in diese Bewegung hineingehen. Alle Bedenken verantwortungsbewußter Genossen werden in den Wind geslagen, und diese werden häufig gegen ihren Willen gezwungen, die Führung in diesen Kämpfen zu übernehmen. Die Niederlage ist dann von vornherein besiegelt. Infolge dieser Sonderaktionen werden Arbeiterchaften von der gewerkschaftlichen Organisation isoliert. Große Teile stellen sich später sogar verärgert beiseite oder wechseln ins gegnerische Lager hinüber. Außerdem gibt man den Gewerkschaftsleitungen einen billigen Vorschub, unliebame Kritiker aus der Organisation auszuschließen. Das in einseitiger Front vorstößende Großkapital kann sich für alle Aktion nichts Besseres wünschen als eine weitere Zerlegung und Zerplitterung der bisher noch einheitslichen proletarischen Organisation zu einem Zeitpunkt, in dem die politische und wirtschaftliche Situation einheitsliche Aktionen der gesamten Arbeiterklasse gebieterisch verlangt. Der von Parteifunktionären beherrschte Funktionärskörper drückt in den Parteiführungen und Versammlungen jeden ihm in die Hand gegebenen Beschluß durch. Viele Parteigenossen und Sympathisierende, die solchen Beschlüssen zustimmen, wissen schon von vornherein, daß dieselben in ihren Betrieben nicht durchgeführt werden können. Aber die Hauptsache ist, daß der verantwortliche Parteiarbeiter beiseite kann, die Beschlüsse werden einstimmig angenommen. Die Taktik der KPD führt nicht zur proletarischen Revolution, sondern zu planlosen Aktionen. Alle die es innerhalb der Partei wagen, nicht in jeder Hinsicht die zur Zeit vorgeschriebene Parteimeinung als richtig anzuerkennen, werden als Parteifeinde und Negativen gekennzeichnet und mit den durch die Parteidiktation gerade beliebigen Stempel des Ultralinken, Rechten und Verführers“ etikettiert. Dabei bietet die Parteileitung selbst das Bild sich gegenseitig bekämpfender Elken.“ Am Schluß des Flugblattes wird gesagt: „Wir bekämpfen eine Politik, die in ihrer Auswirkung zu einer Zerplitterung proletarischer Massenorganisationen, wie es auch die freien Gewerkschaften sind, führt. Wir erkennen, daß eine revolutionäre proletarische Politik in Deutschland nur durchgeführt werden kann, wenn die deutsche KPD auch finanziell unabhängig ist. Wir wissen, daß ein großer Teil der langjährigen Funktionäre und Mitglieder der KPD, unsere Ansicht teilt. Wir fordern alle Gleichgesinnten auf, den Zwang einer ungesunden Parteidiktation zu brechen und ihre Meinung offen bei jeder Gelegenheit zu vertreten, um eine weitere Schädigung der deutschen Partei sowie der Arbeiterbewegung zu verhindern.“ Wie verfährt wird, sollen zahlreiche Funktionäre aus den Parteibüros der KPD, bis in die Zentrale hinein mit den 60 Unterzeichnern des Flugblattes sympathisieren. Sie wagen nur nicht aus Furcht vor einer Maßregelung, offen hervorzutreten.

**Zur Sozialgesetzgebung in den letzten drei Jahren.** Nur verhältnismäßig wenige Gewerkschaftsmitglieder machen sich einen rechten Begriff davon, welche sozialpolitische Arbeit im Stillen von den Organen der Arbeiterbewegung geleistet wird. Im Gegenteil, man versucht in Arbeiterkreisen oft, es so hinzustellen, als gesehe so gut wie nichts. Ganz anders denken die Unternehmerverbände darüber. Diese verfolgen die sozialpolitische Gesetzgebung sehr genau. Der Geschäftsbericht der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände enthält zehn Seiten, die lebhaft angefüllt sind mit einer chronologischen Übersicht über die von Anfang 1927 bis Anwalt 1929 erlassenen Gesetze sozialpolitischen Inhalts. In dieser Zeit wurden von der deutschen Reichsregierung im ganzen 176 Sozialgesetze und Verordnungen erlassen. Davon waren 40 Gesetze, die die internationale

